



Handelspolitik und internationale Agrarmärkte

Chinas Marktdominanz und Europas Green Deal

Udo Hemmerling,
stv. Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes

Auch zu Jahresbeginn 2021 zeigt sich, dass China schneller aus der Coronakrise herausgekommen ist als erwartet. Dort wird das Bruttoinlandsprodukt 2020 etwa 2 Prozent über dem Vorjahresstand liegen, in der EU dagegen etwa 7 Prozent im Minus. Inzwischen sind die Transportkapazitäten auf den Containerschiffen von Asien nach Nordamerika und Europa wieder knapp geworden. Die Coronakrise hat erneut gezeigt, wie abhängig Europa inzwischen von chinesischer Produktion geworden ist, von Medikamenten bis zur IT-Technik.

China macht den Unterschied

Auch an den Agrarmärkten gilt: China macht den Unterschied. Anders als bei industriellen Gütern hat die EU im Agrarhandel mit China einen deutlichen Exportüberschuss aufgebaut. In 2020 wurden Agrarprodukte im Wert von etwa 29 Milliarden Euro von der EU nach China exportiert. Trotz Verwerfungen durch die Afrikanische Schweinepest und Corona ist damit zu rechnen, dass China auch in den kommenden Jahren ein struktureller Nettoimporteur bei Nahrungsmitteln sein wird. Das gilt unter anderem für Schweinefleisch, Milchprodukte und Pflanzenöle. Die Frage ist, welchen Anteil Europa dazu beitragen kann. Wie wird

die EU ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu China und zu anderen Wirtschaftsmächten gestalten?

Wie wird der Green Deal die EU-Handelspolitik prägen?

Die Ausrichtung der EU-Handelspolitik ist unklar wie seit langer Zeit nicht. Einerseits möchte die EU-Kommission unter von der Leyen und Timmermans höchste Standards bei Menschenrechten sowie Umwelt- und Klimaschutz verwirklichen. Andererseits sucht die EU neue internationale Partnerschaften jenseits von China. Beispielhaft dafür steht das Handelsabkommen EU – Mercosur mit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Dieses wurde 2018 noch von der Juncker-Kommission ausgehandelt.

Im Oktober 2020 hat das Europäische Parlament ein Stoppzeichen für das Mercosur-Abkommen gesetzt. Mit 345 zu 295 Stimmen fordern die Parlamentarier eine grundlegende Nachverhandlung, mit der die Einhaltung von Umwelt-, Klima- und Menschenrechtsstandards genauer überprüft und sichergestellt werden kann. Damit hat das EU-Parlament zum ersten Mal ein Handelsabkommen angehalten.

DBV mit handelspolitischer Grundsatzposition

In dieser Situation fordert der DBV die EU auf, ihre Handelspolitik deutlich zu verändern. Die immer höheren Standards innerhalb der EU in den Bereichen Verbraucher-, Umwelt-, Klima- und Tierschutz dürfen nicht mehr von Agrarimporten aus Drittländern unterlaufen werden. In diesem Zusammenhang ist der DBV offen für Pläne eines EU-Grenzausgleichs im Klimaschutz (carbon border adjustment) und fordert ein ausgeweitetes Labelling der Herkunft von Lebensmitteln, gerade auch aus Drittländern.

Die EU-Landwirtschaft kann nur bestehen, wenn Instrumente und Mechanismen entwickelt werden, die die Differenzen zwischen internationalen und europäischen Umwelt-, Klima- und Tierwohlstandards sowie unterschiedlichen Produktionsauflagen ausgleichen. Grundsätzlich ist ein regelbasierter internationaler Handel vor allem für die Landwirtschaft von existenzieller Bedeutung.

Bild oben: Anders als bei industriellen Gütern hat die EU im Agrarhandel mit China – im Bild Shanghai – einen deutlichen Exportüberschuss aufgebaut.

Foto: wei zhu/pixabay

